

# Hauptausschuss

## Protokoll Nr. HA/10/2025

über die öffentliche Sitzung des  
Hauptausschusses am 17.11.2025,  
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal

Beginn öffentlicher Teil: 19:30 Uhr  
Ende der öffentlichen Sitzung: 21:50 Uhr

### **Anwesend**

#### **Vorsitz**

Herr Detlef Levenhagen

#### **Stadtverordnete/r**

Herr Dr. Bernd Buchholz  
Herr Peter Egan  
Herr Stefan Gertz  
Frau Nadine Levenhagen  
Herr Béla Randschau  
Herr Wolfdietrich Siller

#### **Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder**

Herr Arthur Klaus Korte	1. stellv. Bürgermeister
Frau Ulrike Kraus	Stadtverordnete
Herr Benjamin Stukenberg	Bürgervorsteher
Jules Niehus	Kinder- und Jugendbeirat
Frau Emma Bley	Kinder- und Jugendbeirat
Herr Finn Kessler	Kinder- und Jugendbeirat
Herr Wolfgang Zimmermann	Seniorenbeirat
Herr Dr. Manfred Kühn	Seniorenbeirat

#### **Sonstige, Gäste**

Herr Florian Stephani	Gemeindewehrführer, bis 19:32 Uhr
-----------------------	--------------------------------------

#### **Verwaltung**

Herr Eckart Boege	Bürgermeister
Herr Marcel Grindel	FBL I
Herr Stephan Lentz	FBL II
Frau Sabine Ehlers	Personalrat
Herr Fabian Dorow	Stabsstelle Feuerwehr / Presse
Frau Anna-Malva Hensel	IV.4.2
Frau Peggy Ehrig	Protokollführerin

## Behandelte Punkte der Tagesordnung:

### Ö f f e n t l i c h e r T e i l

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/09/2025 vom 06.10.2025
6. Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung
7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
  - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
  - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
    - 7.2.1. Allgemeiner Bericht
    - 7.2.2. Nachtragshaushaltssatzung 2025
    - 7.2.3. illegales Glücksspiel in Ahrensburg
    - 7.2.4. Anpassung der Entschädigungsverordnung (EntschVO)
    - 7.2.5. Zwischenbericht Brandschutz
8. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 24.11.2025
9. Spendenannahme für das Weihnachtshilfswerk 2025 **2025/105**
10. Überprüfung möglicher Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts 2026 **2025/091**
11. Erlass der Haushaltssatzung 2026 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2026 **2025/098**
  - 11.1. AN/074/2025 der FDP-Fraktion zum Stellenplan 2026 **AN/074/2025**
12. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 **2025/084**
  - 12.1. AF/2025/025 der FDP-Fraktion zum Haushalt 2026 **AF/2025/025**

12.2. Erhöhung der Zuwendungen des Seniorenbeirats

**AN/063/2025**

13. Anfragen, Anregungen, Hinweise

13.1. Bundesmittel

13.2. Berichtswesen

13.3. Bericht Wirtschaftsförderung

13.4. Eingemeindung Ahrensfelde

13.5. Zivil- und Bevölkerungsschutz

13.6. städtische Beteiligungen

# Ö f f e n t l i c h e r T e i l

## 1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Herr D. Levenhagen von der CDU-Fraktion, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

## 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Hauptausschusses stellt die Beschlussfähigkeit fest.

## 3. Einwohnerfragestunde

Anfragen bzw. Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern werden nicht gestellt.

## 4. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende schlägt vor, dass zu den Tagesordnungspunkten 11 „Erlass der Haushaltssatzung 2026 – Beschlussfassung über den Stellenplan 2026“ und 12 „Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026“ keine Beschlussfassung erfolgt, sondern nur eine Beratung erfolgt und Fragen gestellt werden können.

Die Ausschussmitglieder erklären sich mit der Vorgehensweise einverstanden.

Der Vorsitzende fragt die Ausschussmitglieder, ob diese bezüglich der Haushaltsberatungen Fragen an die Freiwillige Feuerwehr haben. Dies wird verneint und der Gemeindeführer, Herr Stephani, verlässt die Sitzung.

Die Nichtöffentlichkeit für die Tagesordnungspunkte 14 „Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung“, 15 „Berichte/ Mitteilungen des

Bürgermeisters“, 16 „Haushaltsmittel Anmietung und Umbau Büroflächen Stadtverwaltung Ahrensburg“ und 17 “Anfragen, Anregungen, Hinweise“ wird begründet.

Der Vorsitzende lässt über die Nichtöffentlichkeit der Tagesordnungspunkte 14 „Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung“, 15 „Berichte/ Mitteilungen des Bürgermeisters“, 16 „Haushaltsmittel Anmietung und Umbau Büroflächen Stadtverwaltung Ahrensburg“ und 17 “Anfragen, Anregungen, Hinweise“ abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

<b>7</b>	<b>dafür</b>
<b>/</b>	<b>dagegen</b>
<b>/</b>	<b>Enthaltung(en)</b>

Der Hauptausschuss stimmt der mit Einladung vom 04.11.2025 versandten Tagesordnung zu.

**Abstimmungsergebnis:**

<b>7</b>	<b>dafür</b>
<b>/</b>	<b>dagegen</b>
<b>/</b>	<b>Enthaltung(en)</b>

**5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/09/2025 vom 06.10.2025**

Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/09/2025 vom 06.10.2025 bestehen nicht.

**6. Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung**

Es werden keine Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung gestellt.

**7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters**  
**7.1. Berichte gem. § 45 c GO**  
**7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters**  
**7.2.1. Allgemeiner Bericht**

FBL I (Herr Grindel) stellt den allgemeinen Bericht vor. Der allgemeine Bericht wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Die Übersicht zum Besetzungs- und Ausschreibungsverfahren wird dem Protokoll als **nicht öffentliche Anlage** beigefügt.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion fragt, ob es angedacht sei, die Stelle des Digitalisierungsmanagements wieder im Fachdienst Organisation zu integrieren. FBL I (Herr Grindel) verneint dies und gibt an, dass die Stelle in der Stabsstelle Digitalisierung verbleibt. Bürgermeister Boege ergänzt, dass man im nächsten Hauptausschuss berichten werde, wie die Stabsstelle Digitalisierung zukünftig eingerichtet werden soll.

Ausschussmitglied Siller von der CDU-Fraktion fragt nach einer Rückmeldung bezüglich der Stelle Fachdienstleitung Umwelt. Es wird geantwortet, dass die Rückmeldung hierzu im Rahmen des Tagesordnungspunktes 11 (Stellenplan 2026) erfolgt.

**7.2.2. Nachtragshaushaltssatzung 2025**

Bürgermeister Boege berichtet, dass die Nachtragshaushaltssatzung 2025 von der Kommunalaufsicht zur Kenntnis genommen wurde.

**7.2.3. illegales Glücksspiel in Ahrensburg**

Bürgermeister Boege geht auf die Anfrage, aus der letzten Hauptausschusssitzung, von Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion ein. Er berichtet, dass weder der Kripo Ahrensburg noch der Verwaltung (II.1) als Erlaubnisbehörde, Anhaltspunkte für illegales Glücksspiel in Ahrensburg vorliegen.

Er erläutert, dass illegales Glücksspiel eine Straftat nach § 284 Strafgesetzbuch darstellt, so dass dieses in den Zuständigkeitsbereich der Staatsanwaltschaft

bzw. der Polizei fällt. Die Verwaltung sei nur Genehmigungsbehörde und wisse nur über legales Glücksspiel Bescheid.

#### **7.2.4. Anpassung der Entschädigungsverordnung (EntschVO)**

Bürgermeister Boege berichtet, dass der Landtag Schleswig-Holstein mit Wirkung zum 1. Januar 2026 eine umfassende Anpassung der Entschädigungsverordnung (EntschVO) beschlossen hat. Damit werden die Höchstsätze für die Aufwands- und Sitzungsgelder kommunaler Mandatsträgerinnen und Mandatsträger spürbar angehoben. Ziel dieser Reform ist es, den gestiegenen Anforderungen und dem hohen zeitlichen Engagement im kommunalen Ehrenamt gerecht zu werden.

Die Anpassung soll die Rahmenbedingungen für die Ausübung kommunaler Mandate verbessern und zugleich ein deutliches Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung für das ehrenamtliche Engagement setzen. Damit schaffe das Land Schleswig-Holstein wichtige Anreize, sich aktiv in der kommunalen Selbstverwaltung zu engagieren und Verantwortung für die örtliche Gemeinschaft zu übernehmen.

Die Auswirkungen der Anpassung der Entschädigungsverordnung werden dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

#### **7.2.5. Zwischenbericht Brandschutz**

Bürgermeister Boege trägt die investiven Ausgaben und erteilten Aufträge im Bereich Brandschutz vor. Eine entsprechende Tabelle wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

## **8. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 24.11.2025**

Bürgermeister Stukenberg erläutert die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 24. November 2025.

Er führt aus, dass er vorschlagen wird, den Tagesordnungspunkt 13 „Strategische Ausrichtung und Finanzierungskonzept der Stadtwerke Ahrensburg GmbH“ an das Ende der öffentlichen Sitzung zu verschieben. Falls sich hieraus ein Bedarf an einer nichtöffentlichen Beratung ergeben sollte, könne man direkt in den nicht öffentlichen Teil der Sitzung übergehen.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion fragt nach, warum in Session unter dem Tagesordnungspunkt 5 „Festsetzung der Tagesordnung“ der Antrag AN/052/2025 der CDU-Fraktion eingestellt wurde.

Bürgermeister Stukenberg erläutert, dass es sich bei dem Antrag um ein Verlangen zur Tagesordnung handelt und er diesem Verlangen, im Wege des Tagesordnungspunktes 13 „Strategische Ausrichtung und Finanzierungskonzept der Stadtwerke Ahrensburg GmbH“, nachgekommen sei.

Bürgermeister Stukenberg merkt weiterhin an, dass Anträge zum Haushalt grundsätzlich zunächst in den zuständigen Ausschüssen zu beraten seien und nicht direkt in der Stadtverordnetenversammlung.

**9. Spendenannahme für das Weihnachtshilfswerk 2025**

Der Vorsitzende fragt die Ausschussmitglieder, ob Sie hierzu Fragen haben.  
Es ergeben sich keine Fragen oder Wortbeiträge.

Der Vorsitzende verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

**Beschlussvorschlag:**

Für das Weihnachtshilfswerk 2025 werden über einen öffentlichen Aufruf und Anschreiben an potentielle Spendengeber Geldspenden gesammelt.  
Die Geldspenden werden entsprechend der Entscheidung des Kuratoriums Weihnachtshilfswerk und des städtischen Sozialdienstes an bedürftige Ahrensburger Familien und Einzelpersonen verteilt.

**Abstimmungsergebnis:**

<b>7</b>	<b>dafür</b>
<b>/</b>	<b>dagegen</b>
<b>/</b>	<b>Enthaltung(en)</b>

## 10. Überprüfung möglicher Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts 2026

Der Vorsitzende schlägt vor, die möglichen Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts 2026 für den Bereich des Hauptausschusses einzeln durchzugehen.

Die Ausschussmitglieder erklären sich einverstanden. Protokolliert werden lediglich die laufenden Nummern, zu denen Fragen gestellt oder Anmerkungen gemacht wurden.

### Lfd. Nr. 1.9

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion führt aus, dass die Personalaufwendungen im Widerspruch zu dem Finanzierungskonzept von PWC stehen würden. Dem Finanzierungskonzept zur Folge dürften die Personalaufwendungen nicht steigen.

Bürgermeister Boege antwortet, dass man viele „Hausaufgaben“ gemacht habe und die Personalaufwendungen die Vorgaben erfüllen.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion merkt an, dass PWC lediglich eine Studie für die Verwaltung gemacht habe und nicht immer bei den Haushaltsberatungen angeführt werden könne.

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion verweist erneut auf die Widersprüche zur lfd. Nr. 1.9.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion geht darauf ein, dass ihm von Bürgermeister Boege die Darstellung eines Zerrbildes der Finanzlage vorgeworfen worden sei. Er betont, dass seine Darstellung kein Zerrbild der Finanzlage sei.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion appelliert an die Ausschussmitglieder für die Zukunft einen Plan zu entwickeln, wie man den Haushalt führen wolle. Hierzu wäre er über entsprechende Vorschläge sehr dankbar.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion verweist diesbezüglich auf die regelmäßigen Antragsstellungen der FDP-Fraktion.

Bürgermeister Boege fasst zusammen, dass das Finanzierungskonzept von PWC lediglich ein Gutachten sei und „keine Bibel“ für die nächsten Jahre. Dieses Gutachten sei angefertigt worden um aufzuzeigen, worum man sich kümmern müsse und um die Dimension der Herausforderungen darzustellen. Er betont nochmals, dass man konsequent an der Konsolidierung gearbeitet habe und man zusätzlich auch Einnahmeerhöhungen brauche und nicht nur Einsparungen.

**Lfd. Nr. 1.28**

Bürgermeister Boege merkt an, dass die Kurzstellungnahme der Verwaltung nicht korrekt sei. Er stellt richtig, dass eine Teilnahme an der Beschaffung standardisierter Fahrzeuge teilweise möglich sei und auch durchgeführt werde. Als Beispiel führt er an, dass das HLF10 am 03.12. in den Dienst gegangen und aus einer Sammelbeschaffung hervorgegangen sei. In Zukunft werde man Sammelbeschaffung nutzen, wo diese sich anbieten.

**Lfd. Nr. 3.2**

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion führt aus, bezogen auf die IT-Sicherheit, dass man sich seinerzeit gegen eine verstärkte Zusammenarbeit auf Stormarn-Ebene entschieden habe. Er fragt, ob dies rückwirkend die richtige Entscheidung gewesen sei.

Es wird weiterhin gefragt, ob mit dem IT-Verbund Stormarn Entwicklungen geplant oder sinnvoll seien.

Bürgermeister Boege antwortet, dass dies aktuell nicht aktiv geplant sei. Nach Erfahrung der Kommunen sei dies auch keine attraktive Herangehensweise. Grundsätzlich sei dies eine Herausforderung aller Kommunen und diese Diskussion habe man auch in der AG Mittelstädte geführt und sei hierzu im Austausch. Er fügt hinzu, dass eine Stadt wie Ahrensburg i.d.R. eher Leistungen für andere erbringe, statt Leistungen herauszugeben.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion regt an, sich im Hauptausschuss mit einem Vertreter vom ITV.SH zu beschäftigen, damit man nicht alles nach dem OZG selbst machen müsse.

Bürgermeister Boege führt als Beispiel an, dass man sämtliche Leistungen im Bereich des Einwohnermeldeamtes Ende-zu-Ende anbiete von einem privaten Anbieter.

**Lfd. Nr. 3.6**

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion merkt an, dass man bereits viele Aufgaben für andere Gemeinden übernommen habe.

**Lfd. Nr. 3.10**

Die Ausschussmitglieder erläutern, dass eine Zusammenlegung der Ausschüsse von den Fraktionen zur vergangenen Kommunalwahl nicht gewollt war und man hierüber erst wieder vor der nächsten Kommunalwahl beraten wolle.

**Lfd. Nr. 3.12**

Bürgermeister Boege erläutert, dass man eine Anpassung vorgenommen habe, die der Maßnahme entgegenwirkt.

**Lfd. 3.37**

Es wird ausgeführt, dass Ausgliederungen aus dem Haushalt aufgrund der Doppik nunmehr keinen Sinn mehr machen würden.

Ausschussmitglied Egan von WAB-Fraktion fragt, ob die Ausgliederung des Bauhofes noch sinnvoll sei und regt an, hierüber nachzudenken.

FBL I (Herr Grindel) erläutert, dass es auch andere Gründe für Ausgliederungen gäbe, nur allein der Vorteil der Rechnungslegung sei überholt.

**Lfd. Nr. 3.38**

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion geht auf die stattgefundenene Prüfung in 2017 ein und bittet darum, ihm diese Prüfung und die dazugehörige Entscheidung zukommen zu lassen.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion ergänzt, dass der Ausgangspunkt der Prüfung gewesen sei zu überprüfen, wie viele Rechnungen hin- und hergegangen seien.

---

Anmerkung der Verwaltung:

Die Unterlagen zur stattgefundenenen Prüfung (Feststellung der Vorteile und Nachteile der Ausgliederung des Bauhofes aus dem Eigenbetrieb) werden dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

---

**Lfd. Nr. 3.40**

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion merkt an, dass man damals bei der Eingliederung auf die Problematik hingewiesen habe und sich in der damaligen Kritik bestätigt fühle.

Die Vorlage 2025/091 wurde von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

**11. Erlass der Haushaltssatzung 2026 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2026**

Die Ausschussmitglieder beraten den Stellenplan 2026.

**Stellenplannr. 333 und 334, je 1,0 VZÄ, EG 11, neu**

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion empfindet die Begründung, im Hinblick auf die Scheinselbstständigkeit, als schwer nachvollziehbar.

FBL I (Herr Grindel) führt aus, dass man die Stellen bereits im letzten Jahr eingeworben habe, aber dann die Frist ausgesetzt wurde. Die Übergangsfrist laufe nun bis Ende 2026 und man müsse bereits jetzt 2 VZÄ einwerben, um handlungsfähig zu sein und die rechtzeitige Ausschreibung und Besetzung sicherstellen zu können.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion regt an, mit den Lehrkräften den Weg in die Freiberuflichkeit zu thematisieren. Er fragt sich, warum es nur mit Festanstellungen gehe.

FBL I (Herr Grindel) erläutert die sehr engen Regularien für die BAMF-Kurse.

Ausschussmitglied D. Levenhagen von der CDU-Fraktion merkt an, dass man von einer Scheinselbstständigkeit spreche, wenn man nur einen Auftraggeber habe.

Bürgermeister Boege gibt an, dass alle Kommunen so verfahren würden oder die Kurse einstellen. Dies jedoch empfehle er aus vielen Gründen nicht.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion führt aus, dass er eine faktische Scheinselbstständigkeit nicht als gegeben sieht. Er fragt weiterhin, was man mit den Lehrkräften mache, wenn es keinen Bedarf mehr für die BAMF-Kurse gibt. Er merkt an, dass die WAB-Fraktion diese Stellen weiterhin ablehne.

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion fragt, ob eine unbefristete Einstellung notwendig sei.

Bürgermeister Boege antwortet, dass man diese Stellen im Stellenplan mit einem Sperrvermerk versehe und zunächst bis zur rechtlichen Klärung nichts passiere. Sollte nach der rechtlichen Prüfung eine Scheinselbstständigkeit festgestellt werden und man habe dann keine Stellen, so müssten die BAMF-Kurse eingestellt werden.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion fordert für die nächste Hauptausschusssitzung mehr Klarheit. Er möchte insbesondere wissen, wie viele Stunden/Woche die Lehrkräfte arbeiten und, ob sie von dieser Tätigkeit ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Weiterhin fragt er an, ob es zu dieser Thematik eine rechtliche Expertise vom Städtetag gibt.

Ausschussmitglied Siller von der CDU-Fraktion fragt, was passiert, wenn die Förderprogramme auslaufen.

Bürgermeister Boege merkt an, dass es schwierig sein wird, diese Fragen bis zur nächsten Hauptausschusssitzung zu klären (verkürzter Sitzungsrhythmus).

*Anmerkung der Verwaltung:*

Die beantragten Stellen werden mit einem Sperrvermerk versehen. Wenn neue rechtliche Rahmenbedingungen es notwendig machen und alternative Beauftragungsformen auszuschließen sind, wird die Verwaltung die Aufhebung der Sperrvermerke beantragen.

**Stellenplannr. 252, 1,0 VZÄ, EG S12 (kw 31.07.2029)**

Die Ausschussmitglieder hinterfragen den kw-Vermerk für den Lerncoach.

*Anmerkung der Verwaltung:*

Sowohl die Stelle als auch ein etwaiges Beschäftigungsverhältnis werden an die Projektlaufzeit geknüpft.

Die Stelle des Lerncoaches wurde von der Gemeinschaftsschule am Heimgarten im Rahmen der Förderung durch das Perspektivschulprogramm des Landes beantragt. Die Kosten der Stelle werden durch das Land Schleswig-Holstein getragen. Die Finanzierung ist derzeit bis 31.07.2029 gesichert.

Sollte das Land eine Verlängerung des Förderprogramms bis 2034 beschließen und die Finanzierung bis dahin sicherstellen, könnte eine Verlängerung des kw-Vermerks erfolgen.

Die Stelle würde dann zum 31.07.2034 enden. (s. hierzu auch Vorlage 2025/098 S. 9)

**Stellenplannr. 15, 1,0 VZÄ, EG 9c**

FBL I (Herr Grindel) erläutert, dass es für den Bereich des FD II.1 (Gewerbeangelegenheiten) und der Stabsstelle Feuerwehr/ Presse eine Organisationsüberprüfung gab. Weitere Empfehlungen von KUBUS seien noch nicht umgesetzt worden.

Ausschussmitglied N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fragt, ob dieses Gutachten bereits bekannt sei.

FBL I (Herr Grindel) und Bürgermeister Boege führen aus, dass das Gutachten noch nicht vorgestellt wurde und sich derzeit noch in Abstimmung befinde.

Bürgermeister Boege ergänzt, dass es sich im Moment um eine faktische Eingruppierung handle und es perspektivisch zu einer Kürzung kommen werde.

**Stellenplannr. 76, 1,0 VZÄ, EG 9a, neu**

Ausschussmitglied N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN hinterfragt diese Stelle kritisch. Der Aufgabenbereich der Stelle sei für sie „nichts sagend“ und schlecht erklärt. Sie möchte wissen, warum man für Beschaffungen, die i.d.R. nur einmalig stattfinden, eine Vollzeitstelle brauche.

FBL I (Herr Grindel) erklärt, dass es diese Stelle so bisher nicht gäbe, weil diese Aufgaben derzeit auf mehrere E11-Stellen verteilt seien. Dementsprechend würden die E11-Stellen die Arbeit einer E9-Stelle machen und dies sei nicht wirtschaftlich.

So seien Kollegen, die für Prozessmanagement zuständig seien, mit „einfachen Beschaffungen“ befasst.

Er ergänzt, dass man diese Abteilung stärken wolle, so seien im FD Organisation in den Jahren 2024 und 2025 ca. 40% der Arbeitstage krankheitsbedingt ausgefallen. Dies sehe er auch in der Belastung dieser Abteilung begründet. Er schlägt vor, die Stelle mit einem kw-Vermerk für 5 Jahre zu versehen, in der Hoffnung, sie sei zukünftig obsolet.

Ausschussmitglied D. Levenhagen von der CDU-Fraktion merkt an, dass hier anscheinend eine Person im Vordergrund stehe und nicht die Stelle selbst.

Bürgermeister Boege erläutert, dass beides (organisatorisch und personell) zutreffe. Die Aufgabe passe zusammen mit einer personellen Notwendigkeit. Der kw-Vermerk sei eine Option. Es gäbe beispielsweise auch viele Bereiche ohne Rahmenverträge und solche strukturellen Sachen wolle man im FD Organisation angehen.

Ausschussmitglied Siller von der CDU-Fraktion empfindet diese Stelle ebenfalls als nicht klar genug beschrieben. Er beantragt im Namen der CDU-Fraktion einen kw-Vermerk bis 2029 sowie einen Sperrvermerk in Zusammenhang mit den Ausschreibungen für die FDL Umwelt und Stellenplannr. 31 (Sachbearbeitung). Er sei sich bewusst, dass die Kombination seltsam sei, aber es sei ebenfalls seltsam die Stelle 76 zu erschaffen und die seinerzeit von der CDU-Fraktion gewünschte Stelle zur Fördermittelbeschaffung abzulehnen.

### **Stelle FDL Umwelt**

Der Vorsitzende fragt, welche Aktivitäten es für die Besetzung dieser Stelle gab. Bürgermeister Boege antwortet, dass man sowohl im Umweltausschuss als auch im Hauptausschuss regelmäßig über diese Stelle gesprochen habe. Sie wurde 3x erfolglos ausgeschrieben. Einmal wurde sie besetzt, aber die/der Stelleninhaber/in habe sich als ungeeignet herausgestellt. Nachdem 3 Verfahren nicht zum Erfolg geführt hatten, hatte man entsprechend überlegt, ob die Stelle richtig aufgesetzt sei. Hierauf lag in 2022 kein Fokus und in 2023 sei eine externe Stelle zum Zuschnitt des Fachdienstes befragt worden.

Zudem habe man intern lange über den strukturellen Aufbau des Fachdienstes diskutiert, u.a. mit Workshops. Im Ergebnis habe man jedoch keine finale Neuorganisation geschafft. Anschließend gab es einen neuen FBL IV und diesem wollte man zunächst die Chance geben, sich ein Bild von der Lage zu machen.

Bürgermeister Boege bestätigt, dass es nicht schön sei, einen Fachdienst ohne Leitung / Führung zu haben und, dass dieses Problem auch regelmäßig vom Personalrat angesprochen werde. Nunmehr gäbe es einen konkreten Vorschlag und die Bewertung müsse noch bestätigt werden.

Ausschussmitglied N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN sagt, dass man dies schon vor 2 Jahren besprochen habe und monatelang nichts passiert sei. Erst jetzt, wo die WAB-Fraktion ihre Ablehnung zum Stellenplan angekündigt habe, würde hier „Schwung reinkommen“.

Bürgermeister Boege weist den Vorwurf zurück und betont, dass er immer ehrlich gewesen sei und dies sein Selbstverständnis sei. Viele Dinge seien jedoch auf Zu- und Mitarbeit angewiesen.

Ausschussmitglied N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fügt hinzu, dass Bürgermeister Boege hier in der Vergangenheit mehr Druck hätte ausüben müssen.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion merkt an, dass das Stichwort „Mobilität“ in der Ausschreibung gänzlich fehle.

## 11.1. AN/074/2025 der FDP-Fraktion zum Stellenplan 2026

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion bringt den Antrag ein und erläutert, dass es sich hierbei i.d.R. um Stellen handle, welche länger als 24 Monate nicht besetzt seien. Entsprechend habe die FDP-Fraktion hergeleitet, dass es hierfür keinen konkreten Bedarf gäbe. Entsprechend werden diese Stellen zum Streichen vorgeschlagen. Er führt weiter aus, dass der Stellenabbau dort am einfachsten sei, wo keine Stelleninhaber vorhanden sind.

Bei der Stelle FDL Umwelt habe er heute zuerst eine Aktivität wahrgenommen. Grundsätzlich sei über diese Stellen im Hauptausschuss immer ohne Verfahren berichtet worden. Die Stellen seien also i.d.R. seit 2 Jahren unbesetzt und zusätzlich gab es keine Aktivitäten, diese zu besetzen.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion gibt an, dass er eine gewisse Sympathie für diesen Antrag habe. Zunächst bittet er die Verwaltung nochmal zu prüfen, wie es aktuell um diese Stellen steht. Er bittet um eine sachliche Erläuterung der Verwaltung.

Ausschussmitglied N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN sagt, dass ihr eine Stellenvakanz von nur 1 Jahr nicht lang genug sei. Ihrer Meinung nach sei es durchaus gewöhnlich, dass sich die Mitarbeitersuche auch bis zu einem Jahr hinziehen könne. Der Antrag der FDP-Fraktion sei ihr zu pauschal, aber ein guter Ansatz.

---

### *Anmerkung der Verwaltung:*

#### Nr. 252 – Umwelttechnik

Aufgrund der Vakanz auf der Stelle der Fachdienstleitung IV.5 ist bisher keine Ausschreibung erfolgt.

Die Ausschreibung der Fachdienstleitung wird kurzfristig, noch in 2025 veröffentlicht (Entwurf liegt dem HA vor).

Nach Besetzung der Leitung ist geplant, auch die Stelle „Umwelttechnik“ auszuschreiben und zu besetzen.

#### Nrn. 336, 349, 346 – Drei Stellen in der Stadtbücherei

Die drei im Antrag genannten Stellen in der Stadtbücherei sind anteilig vertretungsweise besetzt und sollen im neuen Organisationskonzept für die Stadtbücherei (vgl. Stellenplan und Vorstellung im Fachausschuss) aufgehen.

#### Nr. 247 – Fachdienstleitung Grünflächen und Klimaschutz

Die Veröffentlichung der Ausschreibung erfolgt noch in 2025, der Entwurf liegt dem HA seit 17.11.2025 vor.

#### Nr. 51 – IT-Support/Feuerwehr

Die Stelle sollte gemeinsam mit den anderen IT-Support-Stellen besetzt werden. Am 17. und 18.07.2025 fanden Auswahlgespräche statt, erfolglos.

Eine Wiederholung der Ausschreibung ist geplant.

#### Nr. 351 – Schulhausmeister/Springer

---

Die Ausschreibung ist abgestimmt und kann veröffentlicht werden.  
Aufgrund anderer Prioritäten und einer zwischenzeitlich notwendigen Unterbringung ist eine Veröffentlichung bisher noch nicht erfolgt.

Nrn. 11, 12 – Inklusion, Integration

Aufgrund anderer Prioritäten und einer notwendigen weitergehenden inhaltlichen Konzeptionierung ist eine Veröffentlichung bisher noch nicht erfolgt. Eine interne Arbeitsgruppe wird die Konzepte in 2026 finalisieren, sodass eine Ausschreibung erfolgen kann.

## 12. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026

Die Ausschussmitglieder beraten den Haushalt 2026 (Mittelanmeldungen Hauptausschuss) und stellen hierzu Fragen.

### 11100 Gemeindeorgane

#### **Kto. Ergebnisplan 0891000; Kto. Finanzplan 7832000; Sammelposten für Vermögensgegenstände über 250 € bis 1.000 € ohne Umsatzsteuer**

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion fragt, ob die Beiräte bei der Ausstattung mitgedacht wurden. Er möchte wissen, ob man 2-3 Geräte pro Beirat einplane, sofern es keine Print-Ausdrucke mehr gibt.

#### Anmerkung der Verwaltung:

Da die Beiräte grundsätzlich an öffentlichen Gremiensitzungen teilnehmen, werden keine iPads an die Beiräte vergeben. Die Beiräte nutzen die Einsicht in das Bürgerinformationssystem unter [www.ahrensburg.de](http://www.ahrensburg.de).

### 11115 IT-Service

#### **Kto. Ergebnisplan 5271000; Kto. Finanzplan 7271000; Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen**

Ein Ausschussmitglied fragt, wo die Digital-Dividende bleibe. Man sehe nur die Kosten.

Bürgermeister Boege antwortet, dass allein über 500 Leistungen zu digitalisieren seien. Man müsse substanziell investieren und in manchen Bereichen sei auch keine Dividende zu erwarten, sondern man werde in diesen Bereichen durch die Digitalisierung besser und professioneller arbeiten können. Aktuell sei noch sehr viel Arbeit zu tun.

### 12600 Brandschutz

#### **Kto. Ergebnisplan 5241050; Kto. Finanzplan 7241000; Heizungsenergie – Rettungszentrum am Weinberg**

Ausschussmitglied Siller von der CDU-Fraktion hinterfragt die Heizungsenergie am Rettungszentrum am Weinberg.

#### Anmerkung der Verwaltung:

Die Wache am Weinberg wird seit der Inbetriebnahme des Blockheizkraftwerkes Otto-Siege-Straße mit Fernwärme beliefert.

### 11115 IT-Service

#### **Kto. Ergebnisplan 0891000; Kto. Finanzplan 7832000; Sammelposten für Vermögensgegenstände über 250 € bis 1.000 € ohne Umsatzsteuer**

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion fragt kritisch, warum es alle 3 Jahre ein neues iPhone geben soll.

Bürgervorsteher Stukenberg merkt an, dass für iPhones ein Support für 5 Jahre üblich sei und er denkt, dass iPhones nicht nötig seien.

Bürgermeister Boege antwortet, dass der Austausch erst nach Notwendigkeit erfolge und nicht strikt nach 3 Jahren. Das Mobile Device Management sei auf Apple ausgerichtet und eine wirtschaftliche Entscheidung.

Bürgervorsteher Stukenberg merkt an, dass es durchaus auch üblich sei Android über Mobile Device Management zu managen und bittet, dies langfristig zu prüfen.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Geräte werden erst nach Support-Ende des jeweiligen iOS-Betriebssystems außer Betrieb genommen, da danach keine Sicherheitsupdates kommen. Die Nutzungsdauer der Geräte hängt also vom Kaufdatum und vom Hersteller ab, sie kann im Vorwege also nicht festgelegt werden.

Die vorhandene MDM-Lösung und die damit verbundene Vorgehensweise mit mobilen Endgeräten kann im Jahr 2027 überprüft werden.

### 11118 Organisation

#### Kto. Ergebnisplan 5271000; Kto. Finanzplan 7271000; Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion fordert eine Gesamtaufstellung der Lizenzen an.

Anmerkung der Verwaltung:

Im Haushalt 2026 wurden die Konten 5271000 und 5271001 (Software) zusammengelegt. 2025 gab es 5271000 unter anderem mit den Posten Aktenvernichtung, Kleinmöbel (unter 250 Euro), Getränken, etc. sowie 5271001 für Software. Im neuen Haushalt 2026 gibt es nur noch 5271000 – die Software kam mit dazu.

Übersicht mit der Software, die im letzten Jahr unter 5271001 lag:

<b>5271001</b> Software (2025 als Extrakonto, ab 2026 wieder unter 5271000)	<b>€39.900</b>	<b>€72.000</b>	
4-5 Mietlizenzen Adobe Acrobat Pro	€2.000	€2.500	
FD-Einbindung e-Post	€10.000	€10.000	
4 Mietlizenzen Picture	€6.000	€9.500	
Picture improve Mitgliedschaft		€6.000	
Picture Betrachterlizenz (100 Lizenzen)		€2.000	
Wartung enaio (4.750€/Quartal)	€19.000	€23.000	erhöhte Wartungskosten wegen Einbindung weiterer Fachanwendungen
Wartung enaio Vertragsverwaltung	€1.000	€0	in Wartung enaio enthalten
enaio Support PDF Compressor ProBauG	€1.900	€0	in Wartung enaio enthalten
Vergabesoftware		€7.000	Vergabesoftware 3 Lizenzen (Vergabestelle, IT, Beschaffung)
Bewertungssoftware		€12.000	z.B. Picture Kasaia für Stellenbewertung

### **11118 Organisation**

#### **Kto. Ergebnisplan 5232000; Kto. Finanzplan 7232000; Leasing**

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion fragt, warum die Kosten hier so erheblich gestiegen sind.

Es wird geantwortet, dass jetzt mehr Autos zur Verfügung stehen.

### **11120 Personalangelegenheiten**

#### **Kto. Ergebnisplan 5431010; Kto. Finanzplan 7431000; spezielle Geschäftsaufwendungen f. Bauleitplanung, Sachverständige, etc.**

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion führt aus, dass sich für ihn die Kosten für ein Logo nicht erschließen.

Anmerkung der Verwaltung:

Nach Rücksprache und i.Z.m. der aktuellen Diskussion über notwendige Einsparungen, kann der Betrag entfallen.

### **11130 Öffentlichkeitsarbeit**

#### **Kto. Ergebnisplan 5271000; Kto. Finanzplan 7271000; Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen**

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion fragt, warum es hier eine Mittelanmeldung für die Bürgerinfo-App gibt. Seiner Meinung nach sei diese eingestellt worden.

Herr Dorow (Stabsstelle Presse und Feuerwehr) betont, dass eine App-Funktion zielführend und zeitgemäß sei und dies eine Option sei, die ernsthaft geplant werde

### **11130 Öffentlichkeitsarbeit**

#### **Kto. Ergebnisplan 5431010; Kto. Finanzplan 7431000; spezielle Geschäftsaufwendungen f. Bauleitplanung, Sachverständige etc.**

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion fragt, was hier im Bereich Social Media geplant sei.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Stadt Ahrensburg steht den sozialen Medien grundsätzlich positiv gegenüber. Sie erkennt deren zunehmende Bedeutung für eine moderne, transparente und bürgernahe Kommunikation sowie für ein wirkungsvolles Recruiting. Social Media bieten die Chance, Informationen schneller zu verbreiten, Bürgerinnen und Bürger direkter zu erreichen und die Sichtbarkeit der Stadtverwaltung als attraktiver Arbeitgeber zu erhöhen. Da derzeit noch Unsicherheiten hinsichtlich der Datenschutzkonformität gängiger Social-Media-Plattformen bestehen, prüft die Stadt zudem sorgfältig die rechtlichen und formalen Rahmenbedingungen, um eine spätere Nutzung rechtssicher gestalten zu können.

Gleichzeitig ist die Einführung städtischer Social-Media-Kanäle jedoch an klare organisatorische und personelle Voraussetzungen gebunden. Derzeit verfügt die Ahrensburger Stadtverwaltung nicht über die erforderlichen Ressourcen, um Social-Media-Auftritte dauerhaft professionell zu betreuen. Hohe Krankenstände, vakante Stellen und zahlreiche gesetzliche Pflichtaufgaben binden die vorhandenen Mitarbeitenden bereits vollumfänglich. Eine

verantwortungsvolle Umsetzung – von der Planung bis zur laufenden Pflege – wäre unter diesen Umständen nicht gewährleistet.

## **Geschätzte Kosten und Ressourcen für eine Social-Media-Einführung**

Damit die Entscheidung für oder gegen Social Media fundiert getroffen werden kann, ist ein Blick auf die zu erwartenden Kosten und den notwendigen Zeitaufwand hilfreich. Diese gliedern sich in mehrere Bereiche:

### **1. Erstellung eines Social-Media-Konzeptes:**

Inhalte:

Zielgruppenanalyse, Zielsetzung, Kanalstrategie, Themen-Cluster, Redaktionsstruktur

Geschätzte Kosten:

- Extern: 3.000 – 5.000 €

- Intern: ca. 60 – 80 Arbeitsstunden

Dieses Konzept bildet die Grundlage für eine strategische und effiziente Nutzung sozialer Medien. Ohne eine sorgfältige Erarbeitung besteht das Risiko, an der Zielgruppe vorbei zu kommunizieren oder Ressourcen ineffektiv einzusetzen.

### **2. Content-Produktion:**

Inhalte:

Texte, Grafiken, Fotos, Videos, Copyright-Klärung, Foto-/Videoshootings

Geschätzte laufende Kosten:

- Extern: ca. 1.000 € pro Monat

- Intern: ca. 25 Arbeitsstunden pro Monat

Die Content-Produktion gehört zu den kontinuierlich größten Zeit- und Kostenfaktoren. Um attraktive, aktuelle und professionell gestaltete Inhalte bereitzustellen, sind regelmäßige Medienproduktionen erforderlich, die fachliche Qualität und kreative Gestaltung verlangen.

### **3. Veröffentlichung und Content-Pflege:**

Inhalte:

Redaktionelle Planung, Veröffentlichung von Beiträgen, technische Betreuung, Community-Management (Kommentare, Nachrichten)

Geschätzte laufende Kosten:

- Extern: ca. 500 € pro Monat

- Intern: ca. 15 Arbeitsstunden pro Monat

Die reine Veröffentlichung ist nur ein kleiner Teil der Aufgabe. Besonders das Community-Management erfordert schnelle Reaktionen und bindet dauerhaft Zeit.

#### 4. Weitere wichtige Aufgaben

Neben den laufenden Tätigkeiten entstehen zusätzliche Kosten bzw. Zeitressourcen für:

- *Krisen- oder Shitstorm-Management:*

Schnelle, professionelle Reaktionen im Ernstfall sind unverzichtbar.

- *Monitoring und Optimierung:*

Auswertung von Reichweiten, Interaktionen und Zielerreichung, laufende Strategieberichtigungen.

- *Special Content:*

Besondere Ereignisse, spontane Mitteilungen, Veranstaltungen oder Notfallinformationen.

- *Umgang mit Algorithmus-Änderungen:*

Plattformen ändern regelmäßig ihre Funktionsweisen – kontinuierliches Know-how-Update ist erforderlich.

Diese Aufgaben können nicht geplant werden und erhöhen den Aufwand teils erheblich.

Da Social Media nicht „nebenbei“ betrieben werden können, sondern eine kontinuierliche, qualitativ hochwertige Betreuung erfordern, kann die Stadt erst dann mit der Nutzung beginnen, wenn im zuständigen Fachdienst oder in der Stabsstelle dauerhaft ausreichende Kapazitäten geschaffen wurden bzw. wenn ausreichende Mittel für die externe Begleitung bereitgestellt wurden. Nur so lassen sich Zuverlässigkeit, Reaktionsfähigkeit und Professionalität sicherstellen.

#### 11130 Öffentlichkeitsarbeit

***Kto. Ergebnisplan 5429000; Kto. Finanzplan 7429000; sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten***

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion fragt, ob man aus dem Städtebund auch austreten könnte.

Es wird geantwortet, dass dies möglich, aber nicht sinnvoll sei.

Zuletzt wird angefragt, warum nicht alle Fraktionen die bereits eingereichten Fragen und erteilten Antworten kennen. Diese seien nicht erkennbar in Session hinterlegt.



### 12.1. AF/2025/025 der FDP-Fraktion zum Haushalt 2026

Bürgermeister Stukenberg merkt zur Frage 1 an, dass er dies gerne unterstützen wolle. Dies sei beim Kreis Stormarn auch so üblich und würde den Support erleichtern. Er merkt an, dass hierzu der bereits beschlossene Antrag zum freien WLAN in allen Sitzungsräumen sehr hilfreich sei.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion betont, dass es nicht mehr zeitgemäß sei, den Support durch die Stadt durchzuführen. Dies gehe effizienter.

Die Antworten auf die Anfrage AF/2025/025 der FDP-Fraktion werden dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

## 12.2. Erhöhung der Zuwendungen des Seniorenbeirats

Der Vorsitzende erteilt Herrn Zimmermann, Vorsitzender des Seniorenbeirates, das Wort.

Herr Zimmermann erläutert den Antrag des Seniorenbeirates zwecks Erhöhung des jährlichen Zuschusses. Er führt aus, dass der Seniorenbeirat die Summe i.H.v. 600€ für Dozenten beantragt habe um medizinische Vorträge (z.B. zu Ernährung und Fitness im Alter) beauftragen zu können. Für diesen Bereich würde man keine unentgeltlichen Dozenten finden. Dennoch sei der Seniorenbeirat bereit, diesen Posten für Honorare aus dem Antrag zu streichen und zu versuchen, sich so zu behelfen.

Zum beantragten Posten für einen Newsletter / Druckkosten stellt er deutlich klar, wie wichtig Printausgaben für die Generation ü-60 Jahre seien. Beispielhaft führt er den Druck von Fahrplänen an, welche der Seniorenbeirat kürzlich angefertigt habe und sich hoher Resonanz erfreut habe.

Bezüglich der Kosten für die Anmietung von Räumlichkeiten im Peter-Rantzaus-Haus bittet der Seniorenbeirat um eine jährliche Erhöhung des Zuschusses um 700€. Dadurch soll die Durchführung der öffentlichen Sprechstunden des Seniorenbeirates sichergestellt werden.

Vorsitzender Levenhagen hält fest, dass der Seniorenbeirat insgesamt eine Erhöhung von 1000€, also von 800€ auf 1.800€ jährlich beantragt.

Ausschussmitglied N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN führt aus, dass ihre Fraktion den Antrag und die Arbeit des Seniorenbeirates gerne unterstütze.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion gibt an, dass die FDP-Fraktion den Antrag ebenfalls unterstütze, weil es sich bei dem Seniorenbeirat um einen aktiven Beirat handle und man die Aufwendungen für gerechtfertigt halte.

Ausschussmitglied Siller von der CDU-Fraktion bittet darum, den Antrag heute nicht abzustimmen. Er möchte diesen zunächst noch in der Fraktion, im Rahmen der Haushaltsberatungen, beraten.

Der Antrag des Seniorenbeirates wird auf die nächste Hauptausschusssitzung vertagt.

## **13. Anfragen, Anregungen, Hinweise**

### **13.1. Bundesmittel**

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion führt aus, dass es eine Einigung gab, dass die Bundesmittel für Schleswig-Holstein in Höhe von ca. 2,8 Milliarden Euro zu 62% auf die Kommunen verteilt werden sollen. Er fragt, wie viel davon in Ahrensburg ankommt und, ob man den Gesamtbetrag für eine einzelne Maßnahme abfordern könne.

Bürgermeister Boege führt aus, dass er mit ca. 13-15 Millionen Euro für Ahrensburg rechnet. Dies werde zunächst vom Innenministerium ausgerechnet. Insgesamt würden diese Mittel den Investitionsbedarfen nicht gerecht. Zur Abforderung der Beträge habe man noch keine Kenntnisse.

### **13.2. Berichtswesen**

Ausschussmitglied Siller von der CDU-Fraktion fragt nach dem aktuellen Stand zum Berichtswesen.

Bürgermeister Boege antwortet, dass es zum Berichtswesen im kommenden Hauptausschuss einen Bericht geben werde.

### **13.3. Bericht Wirtschaftsförderung**

Ausschussmitglied Siller von der CDU-Fraktion erbittet einen Bericht zur Wirtschaftsförderung im Hauptausschuss.

### **13.4. Eingemeindung Ahrensfelde**

Ausschussmitglied Siller von der CDU-Fraktion fragt nach der Prüfung der Vertragssituation zur Eingemeindung Ahrensfelde.

Anmerkung der Verwaltung:

Die städtische Justiziarin sichtet derzeit die Akten zur Eingemeindung Ahrensfelde und wird anschließend einen Gesprächstermin vereinbaren.

### **13.5. Zivil- und Bevölkerungsschutz**

Ausschussmitglied Siller von der CDU-Fraktion fragt, wie das weitere Vorgehen zum Zivil- und Bevölkerungsschutz aussehe und ob hierzu, seit der Einwohnerversammlung, bereits weitere Berichte vorliegen.

Die Verwaltung führt aus, dass die Sirenenplanung abhängig von einem Gutachten sei. Derzeit würde man intern die Ergebnisse des Gutachtens auswerten. Der Fokus liege aktuell auf den Notbrunnen und den Notfallinformationspunkten.

### **13.6. städtische Beteiligungen**

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion mahnt an, dass seine Anfrage bezüglich einer schriftlichen Darstellung der Entscheidungsprozesse bei städtischen Beteiligungen (z.B. Stadtwerke Ahrensburg GmbH) überfällig sei. Er habe von der Verwaltung zunächst nur eine Ankündigung einer Antwort erhalten.

Bürgermeister Boege antwortet, dass man intern versuche, die Positionen zusammen zu führen und die Konfliktpunkte aufzuarbeiten.

gez. Detlef Levenhagen  
Vorsitzender

gez. Peggy Ehrig  
Protokollführerin